

Verkauf täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertage.  
Abonnementspreis monatlich 60 s., vierteljährlich 1.50 s., halbjährlich 2.80 s., jährlich 5.00 s. Durch die Post bezogen 1.65 s.  
„Die Neue Welt“ (Anzeigenschein), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 s., vierteljährlich 30 s.

# Die Neue Welt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Meißnerstraße 16, Eingang Böbergasse.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 100.

Dienstag den 30. April 1895.

6. Jahrg.

## Auf zur Feier des Maifestes!

**Arbeiter, Genossen!** Gleich den Arbeiterbrüdern in anderen Städten laßt uns einmütig die Feier unseres Arbeiterfestes begehren. Jeder klassenbewußte Arbeiter soll am 1. Mai die Arbeit ruß lassen, wenn seine Stellung dadurch nicht direkt in Frage gestellt wird. Die Gewerkschaften haben unter ihren Berufsangehörigen dafür zu sorgen, daß die Teilnahme an der Maifeier eine recht allgemeine wird.  
Die Genossen in den ländlichen Dörfern des Saalkreises sollen sich, soweit das ihnen möglich ist, der Maifeier der hiesigen Genossen anschließen. Wo die Entfernung das nicht erlaubt, muß erwartet werden, daß in jedem Orte die Genossen eine den Verhältnissen entsprechende kleine Festlichkeit veranstalten, und behände dieselbe auch nur darin, daß eine abendliche Zusammenkunft stattfindet, bei welcher die Genossen im traulich-ernsten Gespräch ihre Lage und der Bedeutung unseres Maifestes gedenken.  
Für die Stadt Halle ist durch die Parteiverammlung folgendes Programm für die Maifeier aufgestellt worden:  
**Am 1. Mai 1895 vormittags 9 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Kühlen Brunnen“.** 10<sup>1/2</sup> Uhr: Abmarsch nach Dieritz. Nach der Ankunft in Dieritz Konzert und Kinderspiel. Abends 8 Uhr: Große Volksversammlung in Saales Bellevue (früher Hofjäger). Ref.: Genosse A. Biele.  
**Also auf zur Maifeier!**

Der Vertrauensmann.

### Zum Monatswechsel.

Alle Leser und Freunde unseres Blattes eruchen wir, den Monatswechsel zur Gewinnung neuer Abonnenten zu benutzen. Der erfreuliche Fortschritt, den unser Blatt von Monat zu Monat in der Vergrößerung seines Leserkreises gemacht hat, muß auch am 1. Mai sich wieder bemerkbar machen.

Redaktion und Verlag des Volksblatt.

### Deutscher Reichstag.

78. Sitzung vom 27. April 1895.

Bei sehr schwacher Beteiligung des Hauses wird auf Antrag der Schachbrennereien, die Konsolidierung der Zuckerraffinerien, die Konsolidierung der Zuckerraffinerien nicht ertragen. Von der neuen Steuer könne nicht Wirkung erwartet werden. Auch den kleinen Brennereien würde durch Annahme der Novelle gelöst werden.

Abg. Richter (reil.). Was die Brenner an Begründungen für sich vorbringen, sind der Staat erst den anderen Volksteilen nehmen. Durch die Vorlage soll nach Meinung des Schachbrennereis die Konsolidierung der Produktion und Vermehrung des Exports zum Zwecke der Preissteigerung eintreten. Dadurch würde aber der Konsum im Inlande und damit der Ertrag der Branntweinsteuer zurückgehen, die eine Hauptgrundlage unserer Staatseinkünfte bildet. Dann müßten wieder neue Steuern eingeführt werden.  
Der Schachbrennereis machte das soziale Moment der Beschäftigung des Hauspersonals bei der Zuckerraffinerie geltend. Was aber bei der Zuckerraffinerie darauf hingewiesen wurde, daß Arbeiter, die ihr ganzes Einkommen aus der Zuckerraffinerie beziehen, hilflos würden, wurde das Argument auch vom Schachbrennereis gar nicht so schwer genommen, sondern man meinte, das sein ein Uebel, nach einiger Zeit werde sich die Sache für die beteiligten Kreise arrangieren. Wenn aus der Schachbrennerei, wie einige Zeitungsberichte melden, etwaige Opfer aus dieser Vorlage zu tragen für die Wirtschaft, die Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands in eine Reihe stellt, so lautet das auf eine Höhe der Schachbrennerei, die selbst für sich nicht erreicht. (U. u. h. e. r. e. l. l.) Während man die Vorlage auf der einen Seite begründet mit dem angeblichen Interesse der Kultur, wird auf der anderen Seite als Zweck dieses Gesetzes eine Preissteigerung begründet. Im Interesse der Landwirtschaft liegt

eine Erweiterung der Kultur und nicht eine Beschränkung der Produktion.  
Will man die Landeskultur heben, so muß man die Nachfrage steigern, und das geschieht besonders, wenn man die Verwendung des denaturierten Spiritus begünstigt.  
Wo die bei der Brennerie genommene Schlempe auf den eigenen Gütern vertrieben wird, der Brennerie nicht als landwirtschaftliches Gewerbe betrachtet, das wäre ein Mißbrauch dieses Begriffs.  
Aber verbreitet sich eingehend über den Brenneriebetrieb in den hiesigen Provinzen, über das Verhältnis des Kartoffelbaus zur Brennerie. Früher hat Deutschland Kartoffeln exportiert, jetzt muß es wieder importieren. Ich lese die Zeit voraus, um man auf agrarischer Seite eine Kartoffelsoll verlangen wird, damit die Deutschen allein durch die nationale Kartoffel erhöht werden. (Geleitete.)  
Eine Rentabilitätsberechnung ist kaum möglich im Plenum aufzustellen. In einer Berechnung der Brennerie Kartoffelbau wird nachgewiesen, daß die Ausgaben in der Begründung des Gesetzes durchweg unrichtig sind. Es wird nachgewiesen, daß die Kartoffeln pro Zentner nicht mit 80 Pf. verkauft werden können, sondern mit 150 Pf. (Kochen r. d. S.). Daraus kommt noch der Wert der Schlempe mit 40-50 Pf., jedoch hat der Brennerie Kartoffelbau sich nach den Durchschnittspreisen, infolge der Preissteigerung eine Wertung von nahezu 2 Pf. herausgestellt. (Abdruck rechts.) Wo allerdings die Betriebsverhältnisse baruch sind, ist die Rentabilität geringer, aber ein solcher Betrieb hat ebensowenig das Recht wie irgend ein anderes gewerbliches Geschäft, den Staat anzunehmen. Die ungünstige Lage der Brennerie ist eine Folge vorübergehender Verhältnisse, und jetzt sollen wir auf Grund derselben ein dauerndes Gesetz machen. Die Wirkung des Gesetzes würde sein, daß der Brennerie durch Vermehrung der Ausfuhr vorläufig ein Vorteil erwächst, dem aber dauernd Nachteile folgen werden. Durch Annahme des Gesetzes würde das Rohmaterial-Monopol vorbereitet werden, was das Ziel der meisten Brenner ist. Geben wir jetzt der Regierung den kleinen Finger, so nimmt sie sich später die ganze Hand. (Beifall links.)

Abg. Baasche (nat.) erklärt sich und seine Parte mit der agrarischen Forderung des Gesetzes einverstanden, doch seien Bedenken gegen einzelne Bestimmungen aufgetragen. Die Produktion an Spiritus ist von 25 Millionen Liter in 1893 auf 46 Millionen in 1894 gestiegen. In den westlichen Provinzen ist es gar nicht anders möglich, ein billiges Futtermittel zu bekommen, als durch die gewöhnliche Verwendung. Während beim Zucker die Exportprämie im Inland preissteigernd wirken wird, wird die Exportprämie von 8 Pf. für Spiritus auf den Inlandpreis keinen Einfluß haben. Es kommt für die Spiritusindustrie vielmehr darauf an, daß die Verwendung des denaturierten Spiritus gefördert wird. Wie sehr das möglich ist, weiß ich, denn die Verwendung des denaturierten Spiritus von 13 auf 60 Millionen Liter in kurzer Zeit gestiegen ist. Für die Preisbefreiung wäre es gut, wenn

auch hier der Identitätsnachweis aufgehoben würde, wie für Getreide. Wir haben ja schon früher einen dahingehenden Antrag eingebracht. Dann würden wir den Exportmarkt wieder gewinnen können, den jetzt England beherrscht.

Abg. Baasche (reil. Ver.) spricht sich gegen die Vorlage aus, die eine neue Belastung des Rohmaterials darstelle. Wir wollen aber auf den 27 Millionen Mark Verbrauch von Zucker und Hellen, die Deutschland aufbringt, keine neuen haben. Der Kampf der Agrarier gegen die Zuckerraffinerie ist unbedeutend. Die bestehenden 27 Millionen Zuckerraffinerie sind allerdings leicht zu beseitigen, wenn der Staat sich in den Dienst der Macht stellt, in den des Rechts stellt. Die Vorlage will die Brenner vor unbekanntem Konkurs schützen. Sie verfolgen die Sozialisten, treiben aber selbst Sozialismus (?). Wir werden gegen die Vorlage stimmen, die ein Stück Interessenspolitik darstellt.

Abg. Samula (Zent.) hofft durch Kommissionsberatung das Gesetz zu verbessern und tritt für Annahme der Vorlage ein.

Abg. Holz (reil.) hält unter Angriffen auf den Abg. Richter die Annahme des Gesetzes im Interesse der Landwirtschaft für erforderlich.  
Schachbrennereis Postadowski sucht die Darlegung des Abg. Richter zu entkräften und tritt für Annahme der Vorlage ein.  
Nachdem eine persönliche Bemerkung des Abg. Richter wird die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.  
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Zweite Beratung des Binnenwirtschafts- und des Finanzgesetzes.  
Schluß 1/2 Uhr.

### Tagesgeschichte.

Die Umsturzvorlage wird nach Beschluß des Senorenkonnens am Montag den 6. Mai in zweite Lesung genommen. Diefelbe kann über acht Tage andauern.

Der Bericht der Umsturzkommission, welcher 45 Seiten ausfüllt, ist am Freitagabend im Reichstage zur Verteilung gelangt mit dem Text der Kommissionsvorläufe und einigen Beilagen, welche die von der Regierung zu den Verhandlungen mitgeteilten Materialien enthalten. Die Kommission hat 24 Sitzungen gehalten, von denen 21 auf die erste und 3 auf die zweite Lesung entfielen. Der Bericht enthält nicht etwa eine ausführliche Darstellung des Ganges der Verhandlungen, sondern nur eine Wiedergabe der Protokolle unter Fortlassung der Namen der Redner und Antragsteller. Jeder Zeitungsbericht hat inzwischen das Publikum über den Gang der Kommissionsverhandlungen besser aufgeklärt, als es der Kommissionsbericht für das Plenum des Reichstages ermöglicht.

### Moderne Sklavenjäger.

Roman v. D. Elster.

[Schlußdruck verboten.]

Ein frohliches, übermütiges Treiben herrschte überall! Hier erhellte das frohe Lachen einer ausgelassener Gesellschaft; dort lächelte ein Gesandter, welches das Schicksal des Befehligen vor den neugierigen Epheuren verband. Die älteren Herren ließen sich die Waden des vorzüglichen Stoffes schmecken, die junge Welt vergnügte sich am Tanz, Spiel und gelegentlichen Wechsellern. Man brauchte sich in keinen Sorgen aufzuwerfen; in eigenen Waden war die Gesellschaft in alle Stimmrichtungen zerfallen, man sah sich vielleicht im Leben nicht wieder, weshalb also die strengen Formen der Gesellschaft so genau beobachten! Gesetze den Augenblick, war der Wahlpruch der Gäste von Lastowitz.  
Die Königin des Festes war Frau Jenn, deren überprüfende Frömmigkeit stets eine Schar von Besuchern um sie verarmte. Es lag etwas Unheimliches in der festen, wilden Laune des schönen Weibes, etwas Dämonisches, welches allerdings nur von den Augen Walters bemerkt werden konnte. Er wußte, welche Angst in dem Herzen Jenns lebte, er wußte es seit dem Tage, wo ihn mit Malve v. Waldenburg getroffen, er hätte Mißtrauen mit ihr, und doch mußte er nach, daß seine Liebe zu ihr erlösen würde, daß die heilige, sinnliche Leidenschaft einer innigeren Empfindung Platz gemacht hätte, welche ihn zu der hohen Malve v. Waldenburg mit unwiderstehlicher Macht hingog. Mit Gewalt preigte er die Angst seines Bergens zurück, denn er sagte sich, daß nicht nur er, sondern auch Malve unglücklich werden würde, wenn die leidende Liebe in ihrem Herzen feste Wurzel fassen sollte. Er miß Malve, aber er konnte es doch nicht verhindern, daß er öfter mit ihr zusammentraf und dann einige höfliche Worte mit ihr wechseln mußte. Ihr hübsches, unmaßbares Wesen ließ sich stets gleich, indem sie glaubte, Malve gesehe ein leises Beben der Stimme, ein leises Zittern des Auges wahrzunehmen, welches auf innere Erregung schließen ließ. Heute hatte er Malve, welche in einem einfachen weißen Sommerkleide schlief gegen die übrigen bunten, in Seide und Atlas schillernden Damen der Gesellschaft abstand, immer hübsch. Er hätte das harte Auge Jenns beobachtet auf sich ruhen und wollte Malve nicht; einer ähnlichen Szene, wie auf der Bühne, aussetzen. Malve hatte das Haupt

zur Antwort leicht geneigt und war dann tiefer in den Wald hineingeklettert, an dem lauten Vergnügen auf dem Hofe des alten Schlosses.

Frau Jennie v. Waldenburg sah ihrer Stieftochter mit tadelndem Blick nach, aber sie hatte längst die Herrschaft über Malve verloren und mußte sich damit begnügen, daß Malve die Ablichten und Klänge der Mutter wenigstens nicht hörte. Frau v. Waldenburg konnte den hohen Charakter ihrer Stiefmutter zu gut, als daß sie es gewagt hätte, Jüngling auf sie auszuüben zu wollen, der sie nur zu hartnäckiger Widerstande getrieben haben würde. Sie sah auch wohl ein, daß Malve in diese bunten zusammengelegte Badegeschichte nicht paßte, ebenso wie sie selbst sich unbehaglich in ihr fühlte, aber die berühmten Vorteile, welche ihr und ihrem Gatten durch den Anblick an Sigismund Genthler erwachsen, ließen Frau v. Waldenburg das Heißliche und Unangenehme dieses Unlänges vergessen. Sie ließ Malve ihre eigenen Wege gehen, ärgerte sich aber über ihren Ungehorsam, der noch immer das heftigste unrichtige Wesen des vornehmen Beamten zur Schau trug. So auch heute wieder! Herr v. Waldenburg erwiderte kaum die Grüße der anderen Gäste, und wenn jemand ihn anredete, dann antwortete er mit solcher Nachlässigkeit in Ton und Haltung, blieb in solch reservierter Stellung, daß sich der Betreffende wohl wieder zurückzog.

Jetzt trat Doktor Giffhorn, der seit einigen Tagen in Lastowitz weilte, auf den Gehemrat zu, dessen Jüngling sich bei dem Anblick des vertrauten Freundes etwas erhellen.

„Guten Sie neue Wladimir aus Berlin, lieber Doktor?“ fragte der Gehemrat.

„Nicht von Bedeutung, Herr Gehemrat.“  
Der Gehemrat leuchtete. „Ja, die Politik war langweilig geworden! Man mußte sich hüten, irgend ein Wort zu viel zu verlieren zu lassen; man schien umringt von Späheraugen, und schon öfter hatte der Chef der Abteilung, in welcher der Gehemrat beschäftigt war, seiner Vermutung nach, wieder seiner Bedrückung gegeben, daß vertrauliche Aufzeichnungen aus dem Ministerium den Weg in die Presse und in die Börse gefunden hatten. Ja, ja, die Politik war langweilig geworden!“

„Nicht von Vorteil wollte ich heute mit Ihnen sprechen, verzeih mir Gehemrat,“ sah Doktor Giffhorn mit einigem Bedauern die Stimme für einen von seiner Privatangelegenheiten.  
„Von unseren Privatangelegenheiten?“  
„Ja, oder legen wir besser: von meinen Angelegenheiten.“

Herr Gehemrat wußte, daß ich in sehr günstigen Verhältnissen lebe.“ Wiederum leuchtete Herr v. Waldenburg tief auf. „Sehr konnte er das von sich nicht sagen. Aber dieser Giffhorn hatte es verstanden, aus den Nachfragen, welche er, der Gehemrat ihm gegeben, Kapital zu schlagen.“

„Ich weiß es, lieber Doktor.“  
„Mein Vermögen dürfte sich auf mehrere hunderttausend Mark belaufen.“

„Ah, ich gratuliere.“  
„Ich habe die Ablicht, mein Gesicht aufzugeben, das heißt, zu verkaufen, sobald ich einen geeigneten Käufer gefunden habe, und will mich zur Ruhe legen.“

„Was Sie sagen?“  
„Aber vorher möchte ich mich verheiraten.“

„Nach immer ahnte der Gehemrat, wo hinaus die Worte Giffhorns zielten. Deshalb war er gegenstandslos überträgt, als ihm der Doktor sagte, daß Herr v. Waldenburg tief auf. „Sehr konnte er das von sich nicht sagen. Aber dieser Giffhorn hatte es verstanden, aus den Nachfragen, welche er, der Gehemrat ihm gegeben, Kapital zu schlagen.“

Herr v. Waldenburg glaubte seinen Ohren nicht zu trauen. Wie, dieser Mensch, dieser hebräische Eintragsmännchen, der doch sein Auge zu seiner, des Gehemrats v. Waldenburg, Stiefmutter Tochter zu erheben? Das war wirklich zu komisch! Der Gehemrat lachte. „Sie scherzen, mein Lieber,“ erwiderte er geringschuldig und wollte sich abwenden.

Aber Giffhorn hielt ihn zurück.  
„Hören Sie Herr Gehemrat mich noch einen Augenblick an,“ flüsterte er ehebeifig, aber das Funken der kleinen stidischen Augen verriet, daß Doktor Giffhorn nicht gewillt war, mit sich spaßen zu lassen.

„Ich war auf Ihre anfängliche Abfrage gefaßt,“ fuhr er mit leiser Stimme fort, „aber ich hoffe, Herr Gehemrat, Sie werden sich eines anderen befinden. Ich erlaube mir zu bemerken, daß mir hundert Wege offen stehen, um Sie, Herr Gehemrat, um Ihre Stellung in der Gesellschaft sowohl, wie in der Regierung zu verzeichnen.“  
Diese Worte bedeuete die hageren Wangen des Gehemrats, und seine Augen litten wie Hufe sich umher. (Fortsetzung folgt.)

**Es freist nicht.** Wie über das Umfurgesetz schon Caprioli und Gulerburg geloptert sind, so sollte es auch, wie mehrere Blätter melden, zwischen Hohenzollern und Köler zum Janfampf geworden sein. Das ist aber nicht wahr; denn der Reichstag stellt es in Abrede und da muß man's glauben.

**Doppel hält besser.** dachte der Oberpräsident von Aachen. Da schickte er außer dem bereits erwähnten Telegramm noch einen Erlaß an den Vorsteher der Berliner Stadtverordneten Herrn Langerhans. Nachts 1 Uhr brachte ein Erlaß dem in süßem Schlummer liegenden Herrn Langerhans das Verbot des Oberpräsidenten in die Wohnung. Da die Petition gegen die Umfurgesetzvorlage bereits eingereicht war, nützte das nicht.

**Alles steht noch auf dem alten Fleck.** so schreibt die Köln. Volkszeitung; die Regierung weiß auch noch nicht, was werden wird, und sie scheint auch nicht einmal besonders neuartig zu sein.

**Mehrere preussische Oberpräsidenten** sollen ganz bedenklich werden. Man spricht in eingeweihten Kreisen davon, daß im Laufe des Sommers mehrere dieser sehr seit orientierten hohen Posten neu besetzt werden sollen.

**Ein Margarinegesetz** ist in Vorbereitung und wird womöglich noch in dieser Session dem Reichstag vorgelegt werden.

**Reichsanwalt** wurde auf Beschluß der Kommission das Mandat des Reichstagsabgeordneten Rittergutsbesitzer von Reibnitz (frei. Volkspartei).

**300 000 M.** sollen die Berliner Stadtverordneten zum Ausbau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche spenden. Dazu dürfte gerade jetzt die nötige Stimmung vorhanden sein.

**Das Endergebnis** der Wahl in Weimar ist: Genosse Baudert 5752 Stimmen, Reichnütz (konf.) 5257, Baumhach (frei.) 4657, Kulemann (natlib.) 2354 Stimmen. Daß die vorzunehmende Stichwahl mit dem Siege Bauderts enden könne, ist bei der häufig bemerzten Haltung der Freisinnigen kaum zu erwarten.

**In welch blühender Weise** die Antimietiten im 6. sächsischen Wahlkreise unsere Partei im letzten Wahlkampf beklampfen, dafür bringt die Sächsl. Arb. Zeitung einbrünstiges Beispiel. Der antimietische Kandidat Hartwig schämte sich nicht zu sagen: „Die Sozialdemokratie stehe unter der Führung des Juden Arons, der 20 Millionen besitze, er (Hartwig) dagegen würde, wenn das Vaterland es verlange, 50 Prozent Einkommensteuer zahlen.“

**Antimietische Rügen.** Durch verschiedene, namentlich antimietische, Zeitungen läuft folgende Notiz: Die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung von Leipzig, welche sich gegen alle Beiträge für kirchliche Zwecke erklärten, seien bereit gewesen, der jüdischen Gemeinde M. 600 zu zahlen.“ Das ist gelogen wie gedruckt. Wie aus dem amtlichen Protokoll zu ersehen ist, haben die vier Sozialdemokraten jeden Beitrag für kirchliche Zwecke überhaupt abgelehnt, bei der Abstimmung über die Verwendung an die jüdische Gemeinde votierten mit ihnen außerdem noch sechs Antimietisten dagegen.

**Sehr verheerende Artikel** finden wir gegenwärtig im Orientiert der großen Zeitungen, aber merkwürdigerweise scheint kein Staatsanwalt darauf zu verfallen, daß diese eingedruckten und unsehbaren Mitteilungen mehr als alles andere geeignet sind, die verschiedenen Bevölkerungsklassen gegen einander „aufzureizen“. Auf Grabenboden entnehmen wir dem kürzlich einige Notizen über Dividendenverteilung einzelner Aktiengesellschaften. Es verteilten im Jahre 1894 u. a.:

Brüder Köhlerberg-Aktiengesellschaft	10 Pro.
Baumwollspinnerei u. Weberei Bamberg	10 1/2 „
Leberfabriken, vorm. S. Eier, Weiskath	10 „
Große Berliner Pferdebaugewerkschaft	12 1/2 „
Aluminium-Aktiengesellschaft	10 „
Maschinenfabrik in Halle	28 „
Chemische Fabriken Köln-Ehrenfeld	14 „
Kaliverte Wiesbaden	10 „
Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft	13 1/2 „
Baumwollspinnerei Hof	12 1/2 „
Bereinigtes Schiffschiffwerk Fulda	10 „
Deutsche Metallparonienfabrik Karlsruhe	18 „

Besonders fällt uns auf der Ertrag der Kaliverte in Wiesbaden. In einer Zeit, wo es den Bauern wie noch nie zuvor schlecht geht, verteilt eine Gesellschaft zehn Prozent Dividende an die Herren Aktionäre für ihr Nichtstun, und der Staat als ein Haupt-Kartellbruder hilft durch seine Verbindung mit dieser Privatgesellschaft die Preise für Dünger künstlich, auf Kosten der Bauern, verteuern. Ein Bild, würdig als Typus für die heutige Gesellschafts-„Ordnung“ zu gelten. — Ein anderes Bild: Die Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft (13 1/2 Pro. Dividende) bemerkt in ihrem Bericht: Der Durchschnittslohn ist um 21 M. pro Kopf zurückgegangen, die Selbstkosten waren um 0,6 Pro. niedriger, die Verkaufspreise um 0,27 Pro. höher wie im Vorjahre. Also trotz der günstigen Geschäftslage gewakt die noble Gesellschaft den Arbeitern 21 M. pro Jahr ab, alles natürlich, um den armen Aktionären 1 1/2 Prozent mehr in den Schoß werfen zu können wie im Jahre 1893. Was leisten denn eigentlich die Kuponabschreiber bei den benannten Aktiengesellschaften? Antwort: Nichts. Die technische und kaufmännische Betriebsleitung befragen angestellte Beamte; die Herren Aktienhaber aber sind nur Drohnen, welche dem Arbeiter von Gott und Rechts wegen gehörenden Ertrag der Arbeit vorenthalten und ohne jede Gegenleistung in ihren weiten Taschen verschwinden lassen. Doch „heilig“ sei das „Eigentum“, nämlich das der Aktionäre!

### Ausland.

**Rußland.** Russische Zustände. Niemals hat die tollste Reaktion so genüht in Rußland als eben jetzt. Vor den Osterferien wurden mehr als hundert Arbeiter aus der tiefsten Girardotter Fabrik bei Warschau verhaftet und in die Warschauer Zitadelle überbracht. Der neunte und zehnte Pavillon dieser letzteren sind mit polnischen Gefangenen so überfüllt, daß man einen Teil der Unglücklichen in ein anderes Gefängnis in der Stadt transportieren mußte!

Die Genarmen behandeln die sozialdemokratischen Arbeiter weit rüher und brutaler als die sogenannte „Intelligenz“. Hier ein Beispiel der Bestialität der Zarenherrscher: Ein junger Arbeiter, Palinski, wurde zwei Jahre in Untersuchungshaft gehalten. Reulich wurde er nochmals vor den die Untersuchung führenden Oberkammern verurteilt; da er den Genarmen nicht genug Gefolge erziehen, wurde er furchtbar mißhandelt. Auf Verstoß Waiskows hielten zwei Genarmen dem Palinski die Hände und Waiskows oberste den Beschloßen. — Palinski wurde alsdann in ein finsternes Loch geworfen, wo er sich aus Verzweiflung die Gurgel durchschnitt. Er benötigte dazu ein kleines Metallplättchen aus seiner Kavatte.

### Justiznachrichten.

Die norddeutsche Abteilung der Agrar-Kommission, bestehend aus Bebel, Liebknecht, Wolfenbuter, Schippel und Schönlant, hat sich am 26. April in Berlin konstituiert. Bebel wurde zum Vorsitzenden, Schippel zum Schriftführer gewählt. Die nächste Sitzung wird am 1. Mai abgehalten. Es wurde beschlossen, eine Anzahl Ausnahmispersonen aus den verschiedensten Provinzen Ostpreußens zu postulieren. — In Reichskau hatte Genosse Rohdeer aus Eberberg bei der Verdingung des Webers Drechsler am Grabe einen Franz niedergelagt und dabei laut gesagt: „Im Namen der Eberberger Sozialdemokraten lege ich diesen Franz nieder.“ Die That wurde gegen ihn vom Schöffengericht Reichsbau wegen großen Unfalls auf 2 Wochen Haft erkannt.

Mit einer Hausdurchsichtigung wurden wieder einmal Redaktionen und Expedition der Frankfurter Tagespost in Nürnberg bestraft. Gestraft wurde das Manuskript einer Streifennotiz. Die Durchsichtigung verlief ergebnislos.

Wie man uns behandelt. Der Vorgesetzte der ehemaligen Stadt Wöbau i. S. hatte früher die Fülle des Deutschen Holzarbeiter Verbandes aufgelöst. Daraufhin meldeten sich die Holzarbeiter als Einzelmitglieder dem Verbande an, und es fanden dann nur öffentliche Holzarbeiter-Versammlungen statt. Aber auch hier erblickte die Behörde eine „heimlich belohende Maßnahme“, die sie — auflöste! Jeder Zukunftsmitglied der Mitglieder in öffentlichen Versammlungen wurde unterlag. Eßt lächlich.

Die Presse- und Verlags-Gesellschaften, in eine planmäßige Agitation für Vertreibung der Reichswehr einzutreten. Die Vertreibung der Agitationsnummern geschieht bestmöglich.

Wegen seiner Beleidigung wurde in Duisburg Genosse M. Senzgen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt. Trotz des Protestes des Angeklagten wurde die Öffentlichkeit mit der Verhandlung ausgeschlossen, man brauche keine politischen Mitarbeiter! Gegen das Urteil wird Revision angemeldet werden.

Aus Spanien. Im Madrid erscheint seit Anfang dieses Monats ein neues großes Organblatt, das den Titel La Democracia Social trägt und von vornnehmer oder energischer Weise die Rechte und Freiheiten des Volkes verteidigen will.

In Griechenland erdient jetzt eine sozialdemokratische Halbmonatschrift. Dieselbe wird in Korfu herausgegeben.

### Meisener.

Nach den Manuskripten zur Meiszeitung ist am Sonnabend 1 1/2 Stunde lang in der Vorwärtsdruckeret, in der Vorwärtsbuchhandlung und in der Vorwärts-Expedition gründlich gehäusigt worden. Das Ergebnis war natürlich Null. Selbst die Gefäßbücher des Vorwärts durchsuchte man.

Auch bei den Kolporturen in Berlin wurde nach der Meiszeitung gehäusigt. Nur bei einem fand man etwas. Es waren 73 Stück.

Gegen die Wegnahme der Meiszeitung haben am Sonnabend die Genossen Glöcke als Verleger des Blattes und Fischer als Leiter der Buchhandlung beim Untersuchungsrichter protestiert. Der Untersuchungsrichter bezeichnete als aufreizend 1. den Leitartikel, „Der 1. Mai“, 2. „Ein Meisgespräch auf dem Lande“, 3. das Volksbild und endlich 4. das humoristische Bild auf der letzten Seite. Die übrigen Artikel und Bilder bezeichnete er selber als unversänglich. Darauf stellten unsere Genossen den Antrag, die Platten der unbeanstandeten Artikel freizugeben. Diesem Antrag gab der Untersuchungsrichter Folge, aber der Herr Staatsanwalt widersprach dem Beschluß des Untersuchungsrichters, worauf Beschwerde erhoben wurde, so daß die Angelegenheit jetzt vor dem Landgericht zur Entscheidung kommt. Der Vorwärts sagt dieser Meldung hinzu:

Wir erwarten, daß die Richter, wie es der Wille des Gesetzgebers war, schon in Würdigung darauf, daß eine weitere Verpöhrung eine schwere Vermögensschädigung in sich schloße, nunmehr ohne Verzug die Entscheidung fällen werden. Uebrigens werden unsere Genossen Mittel und Wege finden, diesen ganz besonders skandalösen Fall — denn auch in den beanstandeten Artikeln wird kein Richterkollegium das Delikt der Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten finden können — gelegentlich der Umfurgesetz im Reichstag zur Sprache zu bringen. — Auf alle Fälle können wir heute schon erklären, daß wir allen polizeilichen Maßregeln gegenüber unser Recht bis zum äußersten wahren werden, und daß es nicht genügt wird, uns à la „Sozialist“ mundtot zu machen.

Das wird auch Herr v. Köller nicht fertig bringen. Die Konstitution der Meiszeitung. Außer der schon gemeldeten Wegnahme von 51 000 Meiszeitungen in Berlin, 7000 in Dresden, 5000 in Braunschweig, 5000 in Leipzig, sind die Meiszeitungen noch konfisziert worden in Altona (einige tausend Nummern), in Breslau (mehrere hundert) und in Erfurt. In Magdeburg fand man nichts.

In Magdeburg hat die Schuldeputation das Geschäft abgelehnt, die Arbeiterkinder am 1. Mai vom Schulbesuch zu entbinden, da sie zu einer derartigen Maßregel auch nicht berechtigt sei.

In Erfurt ist der Umzug der Genossen von der Polizei nicht gestattet worden, da derselbe, wie überhaupt die ganze geplante Meisfeier ausgeprognostet werden der Charakter einer Demonstration gegen die bestehende Gesellschaftsordnung trage und „deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ vorliege. — Hier ist der Polizei ein kleiner sozialpolitischer Irrtum untergelaufen. Nicht gegen die Gesellschaftsordnung richtet sich die Meisfeier sondern gegen ihre Unordnung. Das Meisfest ist ein Friedensdemonstration für Vertreibung der Arbeitslosigkeit, des grenzenlosen Walfenelends, der Prostitution in allen ihren Formen.

Aufgelöst hat sich das Meisfiskomitee von Reichskau. Die Polizei hat nämlich das Komitee als — Verein in der Statuten einzuregeln habe. Das war dem Komitee beim

besten Willen nicht möglich. Reichskau liegt natürlich in Sachsen.

In Kiel haben die Brauereidirektoren den Brauereien den 1. Mai freigegeben. Das Gleiche ist in Stuttgart geschehen, wo vom Mittag ab die Brauer frei haben. Die Kaiser von Stuttgart feiern den 1. Mai durch Arbeitsruhe.

Nach Braunschweig gelangte, wie unser dortiges Bruderorgan mittel, folgende Depesche an die Polizeidirektion: „Meiszeitung, Verlag Baatz, Berlin, soeben laut Beschluß des Amtsgerichts I Berlin auf Grund des § 130 des R.-St.-B. konfisziert.“

Es folgen dann noch einige Worte, welche eine Aufforderung zu enthalten scheinen, auch hier in Braunschweig vorzugehen. Das Telegramm war dringlich, die Braunschweiger Polizei verstand den Wink und konfiszierte gleichfalls.

Die Zeitungsherausgeber von Budapest beschließen einstimmig, die Heftblätter am 1. Mai und die Morgenblätter am 2. Mai nicht erscheinen zu lassen, da die Schriftsetzer und Drucker sich gemeinsam an der Meisfeier beteiligen.

Aus Paris wird betreffs der diesjährigen Meisfeier geschrieben: Was der diesjährigen Meisfeier ist besonders Gebräuge auf sich, ist, daß sie in erster Linie als eine Manifestation gegen das auf das Streikrecht der Arbeiter geplante Attentat gedacht ist. Um dieser Manifestation einen besonderen Nachdruck zu verleihen, hat denn auch der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei einen Aufruf erlassen, dessen erster Teil lautet:

„An die Arbeiter Frankreichs!“

Der 1. Mai, der seit 1890 in der ganzen Welt der große Tag der Arbeiterforderungen geworden ist, erscheint dieses Jahr in Frankreich unter besonderen Verhältnissen, die uns neue Pflichten auferlegen und unsere Verantwortlichkeit vergrößern. Infolge des Komplotts, das die Regierung gegen die Nationalitätsgesetze geschwieben, haben wir nicht nur wie in der Vergangenheit unsere internationale Solidarität zu bekräftigen, sondern unsere beharrliche Willen, die entgeltliche Vertreibung der Arbeit durch die unheimliche Vertreibung der Zwangsarbeit vorzubereiten, und ihre Gerechtigkeit zu fördern und fördern.

Wir haben uns auch und vornehmlich mit jenen der untrigen — den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahnen, der Arriente und anderer Staatsanstalten — zu solidarischen, die eine hinter dem anderen des 2. Dezember zurückbleibende Revue für unterbreiten und sich selbst der Vertreibung ihrer Würde und ihres Brotes mit einander zu verpflichten.

Wir haben den bedrohten Korporationen in Masse zu Hilfe zu rufen, ihren Widerstand auf dem untrigen zu machen und jenen, welche die Kadische der Berier und Dupuy angetreten haben, zu bezeichnen, daß wir in keinem Fall um einen Preis an das unverschämte Streikrecht rücken lassen werden.

### Zur Arbeiterbewegung.

**Achtung, Müller!** Die Müller der Kollertfabrik von Fels u. Co. in Bitterfeld, hegen einem Lohnstreik, der über den Stundenlohn betrag bis 20 Pf. Der Wochenverdienst stellt sich bei regelmäßigem Betriebe auf M. 14.40. Da aber des öfteren Schichten ausfallen, wird dieser Satz nur selten erreicht, so daß die dort Beschäftigten mit einem Verdienst von 8-9 M. zu Hause gehen müssen. Daß hierbei ein Durchschneiden der Meiszeitung durch den Arbeiterausschuß, der die Firma die Meiszeitung zu verhängen. Wir leben uns veranlaßt, an das Solidaritätsgesetz der Arbeiter zu appellieren. Vor allen Dingen bitten wir, den Zuweg von Müllern nach hier unter allen Umständen zu verhindern. Angesichts der großen Notlage, namentlich der verheerenden Folgen, müssen wir dringend um Unterstützung bitten. Sendungen und Zuschriften an: Weinbergstraße Nr. 3, Bitterfeld. Genossen! Es geht sich nicht oft, daß die Ausbeute unter der Arbeiterschaft sich an Euch wandern. Die jahrelange Unterdrückung und Ausbeutung hat die Energie dieser Arbeiterkategorie fast völlig abgelenkt kommen lassen. Bei der Arbeit noch zu langem, das ist ein Kunnunnen das nicht jedem gestellt wird. Wir hoffen, daß unser Appell an die Arbeiterkategorie um die solidarische Unterstützung nicht vergeblich sein wird. Unsere Bewegung würde frischen Geist gewinnen, wenn es in diesem Falle gelingt, das Unternehmertum zur Anerkennung der gewiss berechtigten Forderung zu zwingen. Wir werden Euch werden um Antwort zu bitten.

Bitterfeld, den 28. April 1895. Karl Köhler, Weinbergstraße 3. **Achtung, Schuhmacher!** Die Arbeiter der mechanischen Schuhfabrik von Rosenbach und Groß in Berlin befinden sich im Streik und ist der Zuweg strengstens fernzuhalten. Briefe und sonstige Zuschriften sind an den Betriebsausschuß, hier: Hermann, Berlin, Wallstraße 29, bei Schöning, zu richten.

Auf einer Delegiertenkonferenz der organisierten sächsischen Steinarbeiter, die kürzlich in Zwickau abgehalten worden ist, wurde mitgeteilt, daß in Sachsen jetzt ungefähr 1300 Steinarbeiter organisiert sind. Doch hier ist ein Mangel an Organisationsfähigkeit, die Arbeiter sind nicht organisiert, sie müssen z. B. die größte Konkurrenz geschaffen wird. Nur in Dresden und Borna sind die Arbeiter im Stande, bei gutem Beschäftigung den vereinbarten Tarif aufrechtzuerhalten, an den anderen Orten, besonders im Zwickauer Kreise und in dem reußischen Bezirke Greiz wird unter dem Tarif bezahlt. Auf der Konferenz beschloß man sich hauptsächlich über die Agitation in der zurückgebliebenen Bezirke und über die Stellung, die die sächsischen Delegierten auf dem deutschen Steinarbeiterkongress gegenüber den vorliegenden Anträgen einnehmen sollen.

In der mechanischen Arbeiterbewegung in Straß u. Sohn in Meranien ist am Dienstag ein Streik ausgebrochen. Die Veranlassung hierzu ist eine Lohnherabsetzung. Da die Löhne ohnedies sehr niedrige sind und die Arbeiter den Schmachdrücken nicht ertragen konnten, haben sie die Arbeit eingestellt und fordern dagegen eine Lohnherabsetzung, welche für Januar/Februar 30 Pro. und für September 25 Pro. betragt.

In Schmölln dauert der Streik der Anspandarbeiter ununterbrochen fort. Die Streifen haben ein neues Flugblatt herausgegeben. Zur Verstärkung der Polizei sind weitere acht Genarmen nach Schmölln verlegt worden.

In Zwickau sind sämtliche Tischlergehilfen in den Streik eingetreten. Hauptforderung ist der Gehaltsaufschlag in den Zwickauer Zwickauer und Zwickauer in Zwickauer.

Die Sperre über die L. L. privilegierte Bottenendorfer Baumwoll-Spinnerei und -Zwirnerie in Bottenendorf und Nordbach bei Reimthagen in Ostpreußen dauert fort. Der Zuweg in diese Fabriken ist aufs allerstrengste fernzuhalten!

Der Zuweg von Zimmerleuten nach Bern, von Tischlern, Zimmerleuten und Küfern nach Luzern und Fischlern nach Biel wird wegen Lohnbewegung gewahrt. Ebenso vor Zuweg von Schneider nach Bern, wo wegen Durchführung der Tarifregelung die Arbeit allgemein niedergelegt wurde.

Die organisierten Dachdecker von Nürnberg haben ihre an die Meisfeier gestellten Forderungen zum größten Teile durchgeleitet. Es wurde ihnen bewilligt: ein Lohnzuschlag von 5 Pf. pro Stunde, eine 14-tägige Muttersperre und die Abschaffung der Überstunden- und Nachtarbeit. — Die Meisfeier über die Meiszeitung in Zwickauer Bezirke am Renneweg in Nürnberg, sowie über die Schneidererei in der St. Johannisstraße wird aufrecht erhalten. Die Kameraden werden ersucht, dieselben zu meiden.







anmaß: „Die in Köln heute verammelten Apotheker der Rheinprovinz halten daran fest, daß die bisherigen frei veräußerlichen Betriebsberechtigungen, die seit beinahe 100 Jahren unter Mitwissen und Zustimmung der künftigen Staatsbehörden ein wohlverordnetes und rechtmäßiges Eigentum der Apotheker geworden sind, nur gegen eine vom Staate zu leistende volle Entschädigung aufgehoben, nicht aber durch eine Gewaltmaßregel der Gesetzgebung in unüberwindliche Betriebsberechtigungen umgewandelt werden können. Sie lehnen daher jeden Vorschlag zur Abkündigung der Idealrechte durch die Vesser als unannehmbar ab.“ — Das heißt in kurzen Worten: Wir wollen weiter ipsulieren, oder für das Aufgeben des ohne unser Zutun angehener im Werte gestiegenen Privilegiums voll entschädigt werden. Genau die gleiche Logik, welche die Marier für ihre Forderung ins Feld führen, daß der Staat ihnen eine „angenehme“ Verzinsung in die ihren Grundstücken „stehenden Kapitals“ garantieren müsse, welches „Kapital“ einfach nach dem Laufe der Zeit ohne irgend welches Zutun der Vesser sich vervielfacht hat, indem man es nämlich einfach auf das Bankzinsfuß x des Reingewinns der besten Jahre berechnet, ohne jede Rücksicht auf den ursprünglichen Anschaffungspreis. Aber so entstehen heute „wohlverordnete Rechte“.

#### Zur Arbeiterbewegung.

— An Streifenuntersuchungen sind für die Vesser Brauer 179597,30 M. eingegangen. Davon sind an die Angehörten 174511 M. an Untersuchungen gerichtet worden; für Verarmung und sonstige Unkosten waren 508864 M. erforderlich, so daß 2118,76 M. Restbestand verbleiben.

— Nachweisen vom Bürger Schuhmacherzeit. Die Schuhmachergesellen Karl Streiber und Karl Golze in Burg hatten sich vor der Strafkammer wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Am 16. April 1894 brach in der Schuhwarenfabrik von Krenzack u. Stro. daselbst ein Streik aus. Die Fabrikanten wurden dadurch genötigt, fremde Arbeiter einzustellen, die am 11. August nachmittags Fabrikverweigerung und in der Stadt Umzug hielten. Nach Verhörung der Vesser richteten sich mehrere von dem Schourgericht bereits abgerichtete Schuhmacher vor der Fabrik von Gleide u. Grabow mit anderen Personen öffentlich zusammen, luden um Arbeit nach und begingen dann, als sie abgewiesen wurden, mit vereinten Kräften Gewaltthätigkeiten gegen die Fabrikgebäude und die Geschäfte derselben. Die Angeklagten wurden beschuldigt, an der Zusammenrottung Teil genommen zu haben. Bis Hellen dies entschieden in Abrede, werden aber durch die Beweisnahme für überführt erachtet und mit je 4 Monaten Gefängnis bestraft.

#### Aus dem Gerichtssaal.

**Salle, 26. April.** (Strafkammer.) Ein am Abend des 4. Februar dem Feldhüter Albert Wolf in Zwickau geführter Streich hatte in heutiger Sitzung für den Wärter Martin Kurrig aus Giebichenstein ein unangenehmes Nachspiel. Kurz, mehrfach vorkorretur, u. a. auch wegen Mordfallverstoßes mit 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, stand wegen Freiheitsberaubung und Weibebigung unter Anklage, weil er am erwähnten Abend den Feldhüter Wolf, der auf dem Kartoffelfelder des Amtmanns Nagel an einer Kartoffelrinne Wache hielt, in dessen fahrbare Hütte (sogen. Schätzerfaren) durch Zuerufen der Thür eingesperrt und nachdem beim Arrestieren beschimpft hatte. Der Feldhüter sah mit seinem Hunde in der Hütte und hatte das Zutreten der Karrenthür durch Stimmen mit den Füßen verhindert. Dem Angeklagten war es aber ge-

lungen, den Wächter samt dem Hunde auf einige Minuten durch vollständiges Zutreten der Thür einzusperrern. Bis es dem Hunde gelang, durch eine von innen gewollt geöffnete Oefnung herauszukommen und den namentlich Nennen Mann zu helfen. Als letzterer aber hierauf wegen der Freiheit von Wolf zur Rede gestellt wurde, erklärte er: „Wenn Sie dort, da sind eben ein paar Männer bei den Kartoffelrinnen gewesen“. Dieser vom Angeklagten wohlweislich überlegten Lebensart legte der Wächter aber, da er keine anderen Männer als den Angeklagten sah, keine Hebung ab und nahm bei Mithilfe, der ihm den hässlichen Schabernack gespielt, fest, insoweit der Arrestant zu schimpfen begann. Wolf vermutete, daß der Angeklagte ihn eingesperrt habe, um nachher ungehört Karöffeln nehmen zu können. Der Angeklagte verurteilte aber die Sache so darzustellen, als ob er im Interesse des Wächters und des Eigentümers der Kartoffeln gehandelt, indem er angeblich bevor er nach der Wächterhütte gegangen, den Wächter gerufen zu haben. Die Thür will er aus Furcht vor dem Hunde zugehalten haben und geschimpft habe er nur wegen des unangenehmsten Arrestiers und Schimpfens seitens des Wächters. Die Staatsanwaltschaft nahm aber an, daß Angeklagter jenen Streich begangen, um dem Wächter das Zutreten unmöglich zu machen, und beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Mon. Gefängnis nebst Reabilitationsbefugnis. Das Urteil lautete auf 2 Wochen und 3 Tage Gefängnis nebst Reabilitation des Urteils in den Generalanträgen. — Hellen sich gegen und zwar mittels gefährlichen Werkzeuges hatten am 16. November v. J. der Maurer Paul Dönig und der Arbeiter Hermann Neumann, beide von hier. Sie wurden vom hiesigen Schöffengericht als gemeingefährliche Handbude bezeichnet und wegen qualifizierter Körperverletzung zu 8 bezw. 4 Monaten Gefängnis verurteilt, welche Strafe sie nun gegen, auf dem Landwege (Gefängnis II) verbüßen können. Der zur Anklage stehende Vorgang hatte sich an der Gasse der Thor- und Verdenstraße abgepielt, als die Beschuldigten mit zwei dort lebenden Arbeitern infolge einer Anreizung in Streit geraten waren. Dönig ist in letzter Nacht so weit gegangen, daß er den Mann mit einem harten Gegenstande gegen die linke Schläge schlug, sowie dem Arbeiter Damm mit einem Hammer einen Schlag auf den Kopf versetzte, infolgedessen der Betroffene zusammenbrach und sich auf den Boden fiel. Beide Angeklagte hatten gemeinschaftlich auf Damm noch zugehauen, als er schon niedersinkt und zerschmettert war. Wegen des erstinstanzliche Urteil war nur seitens des Angeklagten Dönig Berufung eingelegt worden, welche aber mit Rücksicht auf die große Höhe und die erheblichen Verletzungen verworfen wurde. — Wegen Diebstahls im wiederholten Rückfälle wurde der vielfach vorbestrafte 32jährige Schloffer Gustav Busch vor hier dem Straftraute gemäß zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverluft verurteilt. Angeklagter wurde durch die Beweisnahme überführt, im Monat Januar d. J. zwei dem Milchhändler Ernst Schmidt von hier gehörige Hunde und einen der Händlerin Witwe Volkmann in Giebichenstein gehörigen Hündling entwendet zu haben.

**Salle, 27. April.** Die heutige Straftraumfession beschäftigte sich u. a. mit der Sache des 30jährigen Geschäftsführers Edward Schulte von Radis, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt und der Unterbringung in 10 Hüllen, der Linzere, sowie der Urteilsentscheidung beschuldigt wurde. Der Angeklagte war vom Monat Oktober d. J. bis März d. J. in einem von der Pianofortefabrik Guitard Krieg u. So. in Leipzig nach Radis verlegten Zweiggeschäftliche Geschäftsführer gewesen. Er bekam einen Monatsgehalt von 120 M., genöß großes Vertrauen, indem er die Kollimarbeit hatte, Geber, Briefe u. f. w. in Empfang zu nehmen. Das Vertrauen seiner Firma hatte der Angeklagte dadurch er mißbraucht, daß er als Bevollmächtigter absichtlich um Nachtheile über Vermögensstände seines Auftraggebers verfügte. So unterließ er in der kurzen Zeit Gehalt, die auf Vollanweisungen eingegangen waren, von 224 75, 134, 267,00, 210,00, 20, 172, 47,05, 28,98, 25,45 und 22,10 M., welche er teils als Auszahlungen an Reisende, teils als Lohnzahlungen u. f. w. in falsch dunde und mit fälschlich angefertigten Quittungen belegte. Weiter hat der Angeklagte eine ihm von seiner Firma geliehene Remontenrinne, über welche er kein Verfügungsrecht hatte, in Gera für 8 M. veräußert. Angeklagt

wollte er fragliche Uhr wieder einführen; er behauptete aber, durch seine Anhaftung daran gehindert worden zu sein. Die Gelde will der in dessen umfangreiche Angelegenheit behalten haben, um die Gängel aus seinen Fährern, von der Firma Krieg u. So. erworbenen Geschäftserlösen zu können. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen den Angeklagten mit Rücksicht auf sein offenes Gehändnis und seine bisherige Unbestraftheit unter Zubilligung mildernden Umstände eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren nebst 3 Jahren Ehrverluft. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

#### Aus dem Reich.

**Mainz.** Wegen Verleitung des Großherzogs von Hessen wurde der Arbeiter Ludwig Leber aus Kassel zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Gera.** Zum Kapitel „freie Liebe“. Wegen Verleitung hatte ein Buchmeister von hier vor einiger Zeit eine Arbeiterin verlegt, die ihm nachgeredet hatte, daß er mit einer verheirateten Frau „getraut“ und sich bemahlende des Ehebruchs schuldig gemacht habe. Vom Schöffengericht wurde jene Arbeiterin denn auch zu 20 M. Gefängnis und in die Kosten verurteilt. Die von der Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hatte in der heutigen Straftraumfession den Erfolg, daß das erstinstanzliche Urteil aufgehoben, die Verklagte freigesprochen und der Privatkläger zur Erzeugung familiärer Kosten verurteilt wird, weil sich insoweit herausgestellt hat, daß die Verklagte nur die volle Wahrheit ausgesprochen hatte.

**Offenbach.** Proletische Rünfte. Ein jäher Tod ereilte den 30jährigen Geometergehilfen Heinrich Dell. Er wohnte einer Vorstellung im Erdraum bei. Nach Schluß derselben verfiel der jugendliche Mann am Büffet den sogenannten Hochstand auszulassen, er konnte sich aber an dem Büffet nicht fest genug halten, rutschte mit der Sand aus, stürzte zu Boden und war sofort eine Leiche. Der Fall mag manchem zur Warnung dienen.

**Kaiserslautern.** Der Inhaber der hiesigen Filiale der Chokoladenfabrik Gebr. Stömer, Kaufmann Gising, ist unter Mitnahme der Diererinna und Hinterlassung bedeutender Schulden durchgebrannt.

**Bad.** Der Verkauf der Hölle verkauft. Diese bemerkenswerte Nachricht kommt vom Wobeser. Zur näheren Erklärung des weittragenden Ereignisses beharrt es allerdings der Beifügung, daß es sich um den ehemaligen Vesser der Weinwirtschaft „Hölle“ in Liebering, Herrn A. Zeller, handelt. Die Preis. Hg. der wir diese Nachricht entnehmen, schreibt mit gutem Humor: „Da die Umstrukturierung in der Zentrumsfassung zur Zeit Geschicklichkeit noch nicht erlangt hat, bitten wir es noch wagen, dieser Mitteilung die Aufnahme zu gewähren.“

**Breslau.** Ganz überraschend in der gegenwärtigen Aera der Pölkerei ist eine Erklärung des hiesigen Polizeipräsidenten, wonach grundsätzlich die Auflösung politischer Versammlungen aus dem Grunde, weil sie über die Polizeibehörde hinaus dauern, als unzulässig bezeichnet wird.

**München.** Freitag früh wurde im Gefängnis Stadtheim der Mörder Griesberger gefolgt.

#### Ständesammlige Nachrichten.

**Giebichenstein,** vom 20. bis 23. April.  
**Chefbesitzer:** Der Fabrikarbeiter F. F. A. Seidne und C. F. Richter (at. Breitenstraße 8 und H. Breitenstraße 6). Der Schloffer W. A. A. Banke und A. P. Deyer (Giebichenstein und Halle).  
**Geboren:** Dem Klempner R. Mähr ein S. (Triffstraße 34). Dem Maler F. R. S. C. Jadel ein S. (Triffstraße 32). Dem Bahnarbeiter F. Gähle ein S. (Triffstr. 4). Dem Zimmerpolier F. E. Döme eine T. (Wollstraße 7). Dem Handarbeiter W. S. Kirner eine T. (Wollstraße 10). Dem Handarbeiter C. Wied ein S. (Schulgaße 1).  
**Gestorben:** Des Bahnarbeiter F. A. Bernhardt L. 7 St. (Reißstraße 27). Des Handarbeiter A. Gebhardt S. 7 J. (Reißstraße 41).

Durch günstiges Uebereinkommen mit meinen Lieferanten bin ich jetzt in der Lage, den größten Teil meines Warenlagers **50 Prozent billiger** zu verkaufen, wie bisher.

Um nun mein Warenlager im Preise bedeutend herunter zu zeichnen und um den großen Eingang von neuen Waren, sowie die neu aufgenommenen Artikel zu ordnen, werden meine Geschäftsräume von

**Montag den 29. April bis Donnerstag den 2. Mai er.**

geschlossen.

Die Gröfzung findet mit gänzlich neuer und denkbar billigster Preisverzeichnisung am 2. Mai statt.

**M. Hirsch,**  
**70 Leipziger-Strasse 70.**